

# Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Abonnementpreis: Einzel-Nr. 6.— M. Durch Austräger 30.— M. pro Woche. Durch die Post 20.— pro Monat und Nachzahlung des Differenzbetrages an den Verlag, Redaktionsprechst.: 6—6 Nachm. Produktionsgesellschaft f. d. Provinz-Schlesien, e. G. m. b. H., Breslau, Postcheckkonto Nr. 31050. — Fernsprech-Anschluss Ring Nr. 8837.

Mittwoch, 25. Oktober 1922

Anzeigenpreis: Die 8 gespaltenen Millimeterzeile über deren Raum 10.— M. Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 2.50 M. Kleine Anzeigen per Wort 1.50 Mark. — Kellame: Die Millimeterzeile 8 gespalten über deren Raum im Text 30.— M.

## Die WSPD. bankrott. Katastrophe der Finanzen und Ernährung.

„Das Barometer steht auf Sturm“: wieder einmal, zum hundertsten Male verkündet es der „Vorwärts“ für ihn ist es 5 Minuten vor Zwölf, jedesmal dann, wenn die Koalitions- und Burgfriedenspolitik seiner Partei ein nicht mehr zu verbergendes Fiasko erleidet.

Ein solch offener Zusammenbruch seiner Partei, der gleichzeitig ein Zusammenbruch der Nürnberger Vereinigung, eine Krise der Kleinbürgerlichen Regierung der versagungsgetreuen Mitte und letzten Endes eine Auswirkung des unaufhaltsamen Zerfalls des Kapitalismus in Deutschland und des Finanzbankrotts der Ebert-Republik ist, liegt heute in der Tat vor. Es genügt, die Tatsachen aneinanderzureihen, die der „Vorwärts“ selbst aufzählt.

Tausend Papiermark — noch nicht eine Goldmark; die Mark ist auf weniger als ein Tausendstel ihres Geldwertes gesunken; ja an der Nachbörse vom Sonnabend abend wurde der Dollar mit 6000 Mark und noch mehr — das ist 1500 Mark über dem offiziellen Kurs vom Sonnabend nachmittag — gesucht. Großspurig hatte vor knapp einer Woche derselbe „Vorwärts“, der diese Tatsachen heute registrieren muß, die Devisen-Verordnung Fritz Eberts als Ausweg aus der Markkatastrophe mit ihren verheerenden Folgen für das Proletariat und alle auf ihrer Hande Arbeit angewiesenen Mittelschichten gepriesen. Jetzt muß er zugeben, daß diese Devisen-Verordnung Stückwerk ist. Und er vertritt die, die seiner Partei auch jetzt noch Glauben schenken, auf neue größere Taten der WSPD. und Fritz Eberts.

Der gleiche Zusammenbruch in der Brotpreisfrage. Die Umlage sollte wenigstens für den Herbst und Winter den Brotpreis in erträglichen Grenzen halten: so behaupteten der „Vorwärts“ und die selig entschlafene „Freiheit“ schon vor der Vereinigung. Am Sonnabend wird im Reichstagsauschuß mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien gegen die Stimmen der WSPD., deren Machtzuwachs auf diese Weise deutlich illustriert wird, der Preis für das erste Umlagedrittel verdreifacht. Ein Brot wird danach mehr als 156 Mark in Zukunft kosten. Die Politik der Schonung des kapitalistischen Großgrundbesitzes trägt ihre sichtbaren Folgen für die arbeitenden Massen. Und die Junker, die Schwerkapitalisten, haben nur noch ein mitleidiges Lächeln, wenn Dr. Herz feierlich erklärt, daß der Beschluß des Reichstagsauschusses für die Sozialdemokratie unannehmbar sei.

Zusammenbruch weiter der Reichsbank- und der Steuerpolitik. In der Woche bis zum 14. Oktober hat sich der Banknotenumlauf um die bisher nie dagewesene Summe von 30,3 Milliarden Mark auf 374,6 Milliarden Mark erhöht. Die schwebende Schuld des Reiches an diskontierten Schapanweisungen ist um 44,1 Milliarden gestiegen. Der Umlauf an Darlehensfaktoren beträgt 4,1 Milliarden. Gleichzeitig erklärt die Regierung im Hauptausschuß des Reichstages, daß infolge der Geldumwertung ein Anleihebedarf von 120 Milliarden Mark tot in infolge des Marksturzes nominell gestiegenen Steuereinnahmen vorhanden sei, das heißt, daß das Reichsdefizit — abgesehen von den Reparationsverpflichtungen — mindestens 120 Milliarden Papiermark beträgt. Die Behauptung der Wirth-Regierung, daß wenigstens der innere Etat des Reiches mit den aus den Arbeitern herausgepreßten Steuern, mit der famosen Zwangsanhöhe, die — ebenfalls nach einer Feststellung des „Vorwärts“ — aus einer Milliarde Goldmark infolge der Geldumwertung in 70 Millionen Goldmark zugunsten der Kapitalisten sich verringert hat, erweist sich als eitel Schaumsträger.

Bankrott auf der ganzen Linie, das ist das Kennzeichen dieser Lage. Bankrott der Reparations-Devisenpolitik, Bankrott der Steuerpolitik, Bankrott nicht zuletzt der Politik zum Schutze der Republik. Mit dem wachsenden Hunger für immer größere Schichten des deutschen Volkes wächst die Gefahr, daß der versinkende Mittelstand, der die Fahnen Hindenburgs flüchtend, sich gegen die Arbeitererschaft in der Meinung wendet, daß das Proletariat die Schuld an den Zuständen trage, die allein der Burgfriedens- und Koalitionspolitik der WSPD. und Wirtschaftsinstitutionen geschuldet sind. Ueberfälle be-

waffneter Orgeschbanden, von denen der vorletzte Sonntag ein Vorpiel war, neue Mordpläne deutschnationaler Geheimorganisationen, der Bürgerkrieg schließlich, das ist die Frucht der Stützung des zerfallenden Kapitalismus durch Herz, Hilferding, Wels und Kompagnie.

Was weiß der „Vorwärts“, was weiß die WSPD. als Auskunftsmitel anzugeben in den Stunden, in denen nach ihrer eigenen Meinung die größte Gefahr droht? Nichts weiter als weiter die Stützung des Zerfallenden, und die Fortsetzung der Koalitionspolitik. Das Stückwerk der Devisen-Verordnung will die WSPD. durch weiteres Stückwerk ergänzen, das den Zusammenbruch nur noch schlimmer machen wird. Nach Hilferdings Vorschlag soll die Goldmilliarde der Reichsbank zur Anschaffung von ausländischen Zahlungsmitteln verwendet werden, um so von Reichswegen den Kurs der Mark zu stützen. Im Uebereifer der Erhaltung des kapitalistischen Staates und der kapitalistischen Wirtschaft wollen die Hilferdinge das letzte Aktium, das dieser Staat noch hat, die Goldmilliarde, in den Abgrund des Bankrotts hineinwerfen. Die Goldmilliarde wird so gewiß mobilisiert werden, aber das Loch des Defizits wird sich nicht schließen. Der Sturz der Mark wird, bestenfalls nach einer kurzen Atempause, noch unaufhaltsamer weitergehen wie bisher. Und gegen die Brotpreissteigerung, diese schamloseste Auswucherung des Volkes durch die Junker, hat die WSPD. überhaupt nichts weiter vorzubringen, als ohnmächtige Protestreden, „energische Leitartikel“ nach dem Rezept Rabold's.

Der Bankrott ist da auf allen Gebieten, weil die WSPD. ängstlich überall den Kapitalismus, den bürgerlichen Staat zu retten und zu schützen versucht — gegen die breiten Massen des Volkes. Sie kann als Gefangene der Koalitions- und Stimmespolitik aus den Schranken, die der Kapitalismus und die bürgerliche Staatsmacht ihr setzen, nicht mehr heraus. Sie hat ihre Politik auf deren Existenz gegründet und muß mit ihr zugrunde gehen.

Das Barometer steht auf Sturm: die werktätigen Massen, wir Kommunisten nehmen das Wort auf. Aber nicht, um gleich der WSPD. das Fallende noch zu stützen, sondern um das Zerfallende zu stürzen. Nicht die Wahrung der Interessen des Kapitalismus, nicht die ängstliche Beachtung der Schranken der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, sondern die Wahrung allein der Interessen der werktätigen Massen, ihr Schutz vor Hunger, Not, Krankheit und Kälte auch gegen die Interessen der kapitalistischen Wucherer, der Großbanken und Schwerkapitalisten, ist heute mehr denn je die Pflicht der revolutionären Teile des deutschen Proletariats. Die Devisen-Kontrolle Eberts hat versagt; die Devisen-, Bank- und Außenhandelskontrolle, ausgeübt durch die Arbeitererschaft, muß, wie es die politische Resolution der letzten Zentralauschuß-Sitzung forderte, durchgesetzt werden. Die Steuerpolitik der WSPD. ist elend zusammengebrochen, die Sachwertfassung ist notwendiger denn je. Die Steuererhebung wächst täglich, stündlich, die Zustände sind schlimmer als sie im August waren, wo zum erstenmal die Betriebsräte- und Kontrollbewegung urwüchsig im Proletariat einsetzte; Kontrollausschüsse im engsten Zusammenhang mit den Betriebsräten in den einzelnen Städten müssen den Versuch machen, endlich die Preiskontrolle auf den Märkten, in den Läden, in den Fabriken in die Hand zu bekommen.

Das Barometer steht auf Sturm; die Frage ist gestellt, ob das Proletariat verhungern, zugrunde gehen soll, oder ob es endlich die Lasten des Krieges, die Lasten des kapitalistischen Bankrotts auf die Bourgeoisie abwälzen soll. Mehr denn je muß die Betriebsrätebewegung gefördert, muß sie aus der Propaganda zur Tat werden, als der erste Schritt, die Interessen der werktätigen Massen gegen die Interessen der Kapitalisten zu schützen.

Das Wort Kallales, das Wort des Spartakusprogramms ist zur Parole des Tages geworden:

„Dem Feind die Faust aufs Auge, das Knie auf die Brust.“

## Der bayerische Justizmord.

Es geht jetzt hart auf hart. Dagebicht prasseln die Schläge der Reaktion gegen das darniederliegende Volk.

Das milde Urteil im Rathenau-Prozess hat den Mordkanillen neuen Mut gemacht. Dazu kam jetzt das Urteil einer Berliner Strafkammer, daß die Verherrlichung der Rathenau-Mörder, denen auch Mauthners „Deutsche Zeitung“ Edelsinn zusprach, für straffrei erklärte. Der Herausgeber der „Bür erglode“, Herr Abel, konnte hochgehobenen Hauptes die Gerichtsstelle verlassen.

Die preußische Regierung und die Berliner Polizei schützen den Aufmarsch der mordsüchtigen Orgeschleute. Dabei hört man schon den Revolver knaden, mit dem der Reichskanzler Wirth aus dem Hinterhalt erschossen werden soll.

Die Justiz der herrschenden Klasse, die ehrliche Arbeiter zur Strecke bringt, wenn sie sich schützend vor die Republik stellen, hat jetzt den Feinden der Republik einen neuen Freibrief ausgestellt. Der Justizmord in Bayern mit seinen Zuchthausurteilen gegen Fehrenbach ist im Grunde die offizielle Sanktionierung der blutbesteckten Geheimbünde und gegenrevolutionären Waffenschieber. Man begräbt diejenigen im Zuchthaus, die dagegen etwas zu schreiben wagen, soweit man sie schon vorher — wie schon so oft in München — verschwinden läßt, oder sie auf der Straße abknallt.

Das Schandurteil des sogenannten Volksgerichts hat die drei Journalisten Fehrenbach, Gargas und Lembke zu eben so langen Zuchthausstrafen verurteilt, wie das gesamte Rathenauische Magdgeschindel, von dem die treibenden Kräfte frei ausgingen und zu neuen Anschlägen rüsten. 33 Jahre Zuchthaus für einige linksgerichtete Zeitungsschreiber, die nichts anderes getan haben, als Mitteilungen an die Öffentlichkeit zu bringen über verbotene Geheimorganisationen und Waffenschieber. Das soll Landesverrat sein. In Wirklichkeit schädigt dieses Schandurteil nicht nur den letzten Rest der etwa noch irgendwo vorhandener „Achtung“ vor der Justiz, sondern es schädigt auch die republikanischen Interessen, weil dadurch ja geradezu der Eindruck erweckt werden muß, daß sich die auch durch den Versailler Vertrag verbotenen bewaffneten Geheimbünde des staatlichen Schutzes erfreuen. Das ist freilich dem Auslande ebenso wenig neu, wie die Tatsachen, die die berurteilten Journalisten nach der Eisnerschen Deffnung der Archive nach dem Auslande mitteilten, nachdem sie im Auslande längst von jederman gelesen werden konnten. Aber mit dem nichtswürdigen Schandurteil sollten eben nicht nur ein paar unbequeme Journalisten ins Zuchthaus befördert werden, sondern auch noch dem toten Eisner und der toten Revolution ein Fußtritt versetzt werden, wie das ja auch am Freitag der deutschnationale Herr Herz in der Reichstagsitzung bei seiner Propagandarede für Hindenburg höhnend besorgte.

Die Sozialdemokratie, die bei den früheren Ausnahmegerichts-Urteilen gegen kommunistische Vorkämpfer stumm blieb oder sogar ihre Zustimmung äußerte, hat es selbst mit verschuldet, daß die weiße Justiz soweit gehen konnte, und daß die Reaktion immer tollere Wüten kann. An der Spitze der Justiz steht ein sozialdemokratischer Minister und er hat noch immer nicht vermocht, eine so schmachbedeckte Einrichtung wie die sogenannten bayerischen Volksgerichte zu bejätigen. Diese Volksgerichte mit ihren besonders ausgefiebten Richtern sind eine barbarische Tortur, sie lassen keine Berufung, keine Revision, kein geordnetes Beweisverfahren, keine gesetzlich festgelegten Rechte des Angeklagten, keine Wiedererhebung zu. Der Ermittlungsrichter, der nicht nur im Fehrenbach-Prozess ausgesprochen politische Tendenzen verfolgte, ist gleichzeitig auch aburteilender Richter. Die Justiz zeigt sich hier ohne Maske als ein Instrument der herrschenden Klasse, als eine politische Verfolgungsmethode, die den Gegner rücksichtslos unschädlich machen will. Im Gegensatz hierzu hatte der Staatsgerichtshof in Leipzig gegen die Rathenau-Mörder eine streng juristische Miene aufgesetzt, aber auch er stand bei all seiner zur Schau getragenen „Gewissenhaftigkeit“ und Milde im Dienste jener Kreise, die unter keinen Umständen der Gegenrevolution energisch zu Leibe gehen wollen.

Die bayerische Klassenjustiz hat ein paar unbequeme Journalisten ins Zuchthaus gesperrt, aber sie wird sich hüten, dem Eubendorff, der für Dollars und Pfunde in der ausländischen Presse immer wieder die Republik angreift, vorzugehen. Die bayerischen Monarchisten, di

# Die Spaltungsarbeit der Amsterdamer in Deutschland.

## An die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Deutschlands!

### Arbeiter und Arbeiterinnen!

Genau wie diese „Halter den Dieb“ rufen, so zeteren die Amsterdamer Gewerkschaftsführer, die planmäßig auf die Spaltung der Gewerkschaftsbewegung ausgehen, über die Spaltungsarbeit der Kommunisten und der Roten Gewerkschaftsinternationale. Infolge der großen Vernachlässigung der gewerkschaftlichen Interessen durch die Arbeitgemeinschaften mit den Unternehmern haben sich viele Arbeiter von der reformistischen Gewerkschaftsarbeit losgelöst und sind teilweise zur Gründung neuer revolutionärer Gewerkschaftsorganisationen geschritten. Trotzdem diese Ausrüstungsbewegung begrenzt ist, und allein durch die unternehmerfreundliche Gewerkschaftsbürokratie verschaltet ist, hat die kommunistische Partei Deutschlands in voller Übereinstimmung mit der kommunistischen Internationale und mit der Roten Gewerkschafts-Internationale die Parole: „Heraus aus den Gewerkschaften“ mit der Forderung: „Hinaus in die Gewerkschaften“ beantwortet.

Die Amsterdamer haben in allen Ländern versucht, die kommunistisch gehaltenen Arbeiter aus den Gewerkschaften herauszuwerfen. Diese Spaltungsarbeit wird um so rücksichtsloser durchgeführt, je mehr der kommunistische Einfluss in den Gewerkschaften steigt. Dieselben reformistischen Gewerkschaftsführer, die der kommunistischen Minderheit sogar das Recht nehmen wollen, innerlich den gewerkschaftlichen Rahmen für ihre Grundzüge zu kämpfen, haben jedesmal die Verschlagung der Gewerkschaften vorgezogen, weil sie selbst Gefahr liefen, in die Minderheit zu kommen. So war es in Frankreich und in der Dschibouti-Kolonie, so ist es überall und so wird es auch in Deutschland sein.

In Deutschland haben einzelne Gewerkschaftsführer, wie Scheffel, bereits offen ausgesprochen, daß sie lieber kleinere Gewerkschaften mit gefügigen, reformistisch gewonnenen Mitgliedern haben wollen, als große Verbände mit revolutionär gekläerten Arbeitern, die wirklich einen Kampf gegen das Unternehmertum führen wollen. Nach dem Streik der Eisenbahner im Februar d. J. begannen die Ausfühler derjenigen Mitglieder, die den Streik geordert hatten. Allein die Wahl von Kommunisten in gewerkschaftlichen Körperschaften wurde von der Auflösung ganzer Ortsgruppen der Gewerkschaften beantwortet. Selbst die ausdrückliche Verpflichtung, in den Gewerkschaften im Rahmen des Verbandsstatuts zu arbeiten, beharrte vielfach kommunistische oder sonst in der Opposition zur Gewerkschaftsarbeit stehende Mitglieder nicht vor dem Ausbruch.

Je notwendiger der Kampf gegen die Offensive des Kapitals ist, um so enger verbinden sich die Gewerkschaftsführer mit den Unternehmern und um so eitriger gehen sie zum Ausschluß der Opposition über. Die Einheit mit den Unternehmern ist die Gewerkschaft für den Arbeiter, eben so wie die Vereinigte Sozialdemokratie jetzt vor dem notwendigen Kampf gegen die Steuerung zurück. Sie sabotieren zugleich mit allen Mitteln die aus der Bewegung der Massen momentan erwachsende Betriebsrätebewegung. Statt die von den Arbeitern organisierte Selbsthilfe, die einberufenen Betriebsräteversammlungen und Kontrollausschüsse zu unterstützen, drohen die Gewerkschaftsführer, alle Seilschneider an den Betriebsräteversammlungen aus den Gewerkschaften auszuschließen. So warnt das Korrespondenzblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes vor den organisatorischen „Konsequenzen“ der Teilnahme an den Betriebsräteversammlungen. Noch unerklärlicher Mäandrie die Zeitung des Zentralvereinerverbandes Ausschüsse an und in zahlreichen Sitzungen von Gewerkschaftsverbänden, vom ADGB bis zu den einzelnen Verbänden herab, ist diese Denunziation wiederholt worden. Selbst da, wo die Betriebsräteversammlungen auf Beschluß oder in Übereinstimmung mit den gewerkschaftlichen Ortsstellen stattfanden, wird die Gewerkschaftsbürokratie mit Ausschüssen beantwortet. Ja, sie schreit nicht davor zurück, den Ausschluß ganzer Ortsverbände und der ihnen angeschlossenen Ortsverbände, wie in Remscheid, Hilt und Othfah, anzudrohen.

Das alles geschieht im Namen der Einheit der Gewerkschaften und damit in Wirklichkeit der Stigmatisierung von Gewerkschaften und Unternehmern.

Angeht es der zunehmenden Offensive des Kapitals in allen Ländern ist die Sammlung des Proletariats in den gewerkschaftlichen Organisationen national und international notwendig. Wer auch hier vertritt die Amsterdamer die Ein-

heit der internationalen Industrieverbände. Die internationalen Gewerkschaftsverbände haben sich bisher bebarrikadiert, weil sie nicht eingeweihte Amsterdamer sind.

Die Unternehmern sind stark organisiert, ihre Verbände zentralisiert. Die Arbeiter können nur dann einen erfolgreichen Kampf führen, wenn sie den starken Verbänden der Unternehmern noch stärkere Verbände der Arbeiterschaft entgegenstellen. Je mehr die Amsterdamer die Gewerkschaften spalten wollen, um so mehr müssen die revolutionären Arbeiter im Interesse eines erfolgreichen Kampfes gegen die Bourgeoisie für die Einheit der Gewerkschaften eintreten.

Die revolutionären Arbeiter in den Gewerkschaften kämpfen nicht um die Seele der Gewerkschaftsverbände, die sich mit Haut und Haaren dem Unternehmertum und den kapitalistischen Regierungen verschrieben haben. Sie werden vielmehr um die breiten Mitglieder und versuchen, sie von der Notwendigkeit einer aktiven revolutionären Gewerkschaftspolitik zu überzeugen und mit ihnen diesen Kampf auf breiter Basis zu führen.

Der Kampf um die Revolutionierung der Gewerkschaften ist nicht leicht. Er erfordert unermüdete Arbeit aller Gewerkschaftsmitglieder, die im Gegensatz zu den unternehmerfreundlichen Führern die Umgestaltung der Gewerkschaften in revolutionäre Kampfbünde organisieren wollen. Wenn aber die Amsterdamer trotz des gesteigerten Willens der breiten Massen der Gewerkschaftsmitglieder zum Kampf gegen die Offensive des Kapitals eine reaktionäre Politik verfolgen und die Gewerkschaften spalten, um den Kampf der Arbeiter zu sabotieren, dann werden diese Führer mehr und mehr an Anhängern verlieren und schließlich selbst isoliert bleiben.

Die Kommunisten und Anhänger der Roten Gewerkschaftsinternationale fürchten die Spaltung der Gewerkschaften nicht, aber wir wollen sie im Interesse der Arbeiterschaft und ihres Kampfes verhindern. Alle Arbeiter, die sich nicht widerstandslos von den Unternehmern ausbeuten lassen, die nicht kampflös der Bereidung entgegengehen wollen, müssen den Spaltungspolitikern der Gewerkschaftsinternationale entgegen den Widerstand leisten. Die Arbeiter der Betriebe, die Delegierte an den Betriebsräteversammlungen entsenden, müssen schon jetzt da gegen Protest erheben, daß ihre gewählten Vertrauensleute ausgeschlossen werden sollen. Auf Grund des Gewerkschaftsstatuts gewählte Vorstände und Delegierte gewerkschaftlicher Körperschaften müssen trotz des Ausschlusses als rechtmäßig gewählte Vertrauensleute gelten; die Gewerkschaftsmitglieder dürfen im Kampfe für ihre gewählten Vertrauensleute nicht ermüden, Zahlstellen und Ortsgruppen, die von den Gewerkschaftsleitungen aufgelöst oder ausgeschlossen werden, dürfen sich nicht gesplittern, sondern müssen geschlossen die Wiederaufnahme in die Gewerkschaften erzwingen. Kein ausgeschlossenes Gewerkschaftsmitglied darf isoliert werden, sondern es muß mit den anderen ausgeschlossenen zusammengehalten und mit den kommunistischen Fraktionen seiner Gewerkschaft in Verbindung treten. Da, wo andere revolutionäre gewerkschaftliche Organisationen vorhanden sind, müssen die ausgeschlossenen mit diesen Fühlung nehmen, so daß die Opposition nicht isoliert, sondern als vereinigte und gestärkte Kraft den Kampf um die Wiederaufnahme führen kann. Die in den Gewerkschaften vorhandenen revolutionär gewonnenen Arbeiter müssen diese Bestrebungen der Ausschlossenen zur Wiederaufnahme mit allen gewerkschaftlichen Mitteln unterstützen. Schließlich müssen die revolutionären Arbeiter der einzelnen nationalen Verbände die Aufnahme der revolutionären Gewerkschaften in die internationalen Industrieverbände verlangen.

Das Ziel des Kampfes um die Einheit der Gewerkschaften ist die Festigung und die Stärkung der proletarischen Einheitsfront im Kampfe gegen das Unternehmertum.

Es leben die Einheit und der revolutionäre Kampf der Gewerkschaften!

Moskau, den 12. Oktober 1921.

Das Vollzugsbüro der Roten Gewerkschafts-Internationale.  
Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale.

## 4 Mark Stundenlohn.

Die Unverschämtheit der Unternehmer kennt wahrlich keine Grenzen. Strapellos wird die Not ausgenutzt. Einem Beweis dafür bietet das nachstehende Schreiben der Firma Glodenrein (Richard Schulze) in Oldenburg, das an eine Arbeiterin gerichtet ist. Es lautet:

Oldenburg, (Bahnhofspkay 8.) den 25. Sept. 1922  
Fräulein Anna Rodenberg, Osterburg, Warnsweg 1.

Sie können am Donnerstag, den 23. September, verlustlos gegen einen Wochenlohn von 200 Mark die Arbeit bei mir aufnehmen. Zweck näherer Besprechung (beim Afford) wollen Sie Dienstag, den 21., morgens 11½ Uhr nochmals vorfällig werden.

Hochachtungsvoll Glodenrein, Richard Schulze, Oldenburg i. O.

Glodenrein bietet einen Wochenlohn, der gerade hinreicht, ein halbes Pfund Schweinefleisch einzukaufen. Der Wochenlohn für die zweite Woche reicht aber nicht hin ein Pfund Margarine zu erwerben. Soll man sich über solche Schamlosigkeit eines Unternehmers entrüsten? Oder mühte man sich entrüsten über die Arbeiterschaft, die solche Verhältnisse noch duldet. Glauben die Arbeiter geschlossen in einer Front gegen das Kapital, lassen sich nicht große Teile als Hausrecht der Stimmkompanie mißbrauchen, dann könnten die Kapitalisten sich derartige Frechheiten, wie das Anerkennen eines Stundenlohnes von 4 Mark, nicht mehr gestatten.

## Hungerqualen, Selbstmord.

In einem Anruf, den die Bergkammer Sachsens veröffentlicht, heißt es u. a.: „Jetzt, nahezu vier Jahre nach Kriegsende, geht noch grauiger als damals das klappernde Schreien des Hungertodes in den Städten um und fordert nahezu in der Kinderwelt, aber auch von den Erwachsenen, zahllose Opfer.“

Bergwerksgattungen aller Art, Familienelbstmord, epidemisch um sich greifende Hunger-Geistesstörungen sind un-aussprechlich.

Kein Anruf ändert etwas an den Zuständen. Sollen sie geändert werden, dann muß die werktätige Bevölkerung nicht Hilfe erbitteln, sondern sich selbst Hilfe bringen. Hilfe kann ihr nicht kommen von der herrschenden Gesellschaft, sie kann sich nur helfen gegen die kapitalistische Wirtschaft. Der Weg, der beschritten werden muß, zeigen die Kontrollaus-

Mörderklubs und waffenstarrten Geheimbündler, die sich aktiv gegen Reichseinheit und Republik verschworen haben, sind keine Landesvertreter, sondern werden von der bayerischen Regierung und Staatsanwaltschaft sorgsam gehütet. In einem unabhängigen Blatte las man jüngst daß unter dem Schutze bayerischer Rechtszustände weiter das Messer gegen die Republik gewetzt werde. Das letzte Urteil und die letzten Ereignisse müssen es auch dem dickfelligsten Betrachter lehren.

Das Gesetz zum Schutze der Republik ist anscheinend nur noch für diejenigen da, die gegen die Republik arbeiten. Nach dem Münchener Urteil werden nur die bestraft, die antirepublikanische und gesetzwidrige Organisationen an den Pranger stellen. Kommunistische Arbeiter, die sich gegen die Organe wehren, werden als Landesvertreter angeklagt. Kommunistische Zeitungen, die sich gegen die reaktionäre Mordjustiz wenden, werden verboten. Das Reichsgericht nimmt den Beamten das Streikrecht und erklärt gegen einen angeblich befürchteten Linksausbruch jede bewaffnete Abwehr für erlaubt.

Wenn der „Vorwärts“ im Anschluß an den Münchener Justizspruch erklärt, daß sich der auswärtige Ausschluß des Reichstages nunmehr unverzüglich zum Schutze der Reichsinteressen gegen eine toblich gewordene Justiz wenden müsse, um den Fleck auf der deutschen Ehre, den dieses grauenhafte Urteil darstellt, abzuwaschen, so wird das Proletariat ganze Arbeit machen und bei der großen Wäsche noch ganz andere Flecken der Klassenjustiz und des gesamten herrschenden Systems zu bereinigen haben!

## Heranbildung einer Streifbrecherbande bei der Eisenbahn.

Ein Eisenbahnbeamter aus Essen schreibt uns:

Es wird in Deutschland viel über Kohlennot geklagt. Trotzdem besteht seit vielen Wochen eine Einrichtung, bei der Kohle in großen Mengen vollständig zwecklos verendet wird. Sonntag für Sonntag fahren Lokomotiven der Eisenbahn von allen möglichen Bahnhöfen nach Essen Rüttenscheid, hier werden dann für „Technische Nothilfe“ „Herrenfahrer“ auf der Lokomotive ausgebildet. Zu diesen Ausbildungsfahrten werden — zumal ungeübte Menschen, die „Lokomotivlehrlinge“, allein fahren — viele Kohlen nutzlos verbraucht.

Aber nicht nur Kohlen vergeudet man, die so wertvollen und für den Eisenbahnbetrieb so bitter notwendigen Lokomotiven werden unnötig abgenutzt und beschädigt, weil ungeübte Hände sie bedienen. Außerdem werden durch das unsachgemäße Fahren auch die Bahnanlagen besonders stark abgenutzt und beschädigt. Da die Lokomotiven nicht allein nach dem Bahnhof Essen-Rüttenscheid fahren, muß extra Lokomotivpersonal gestellt werden. Das Personal muß seine Sonntagsruhe hingeben, damit man ihm das Reaktionsrecht rauben kann.

Und dieses alles in der jetzigen Zeit, wo die Betriebslage infolge des starken Kohlen- und Kartoffelverstandes ohnehin sehr gespannt ist. Streifbrecherzucht ist in der Ebert-Republik wichtiger als die rechtzeitige Versorgung des Volkes mit Kartoffeln.

Die schlimmsten Gefahren für Leben und Gesundheit der Mitmenschen sind mit dem Spazierenfahren der „Lehrlinge“ verbunden. Wenn ein jahgeheulung im Eisenbahndienst stehender Fahrer die Lokomotive allein fährt, d. h. ohne den geprüften Lokomotivführer, dann wird er mit Entlassung bestraft, die „Lehrlinge“ fahren allein.

Die angehenden Herrenfahrer jedoch lassen sich ihr Sonntagsvergögen, das die Volkswirtschaft schwer schädigt, gut bezahlen. Millionen werden verpulvert. Der Sport der Eisenbahndirektion, die Aufzucht von Streifbrechergarden verschlingt Unsummen. Das kann sich die bankrotte Republik leisten. Die aus sozialer Bescheidenheit zur Minister- und Staatsamtsberlichkeit aufgestiegenen Gewerkschaftssekretäre wissen, was sie dem Stinnes schuldig sind.

## Vor einem großen Metallarbeiterstreik in Rheinland-Westfalen.

Nach einem Beschluß der Lokomotivisten und der Bezirksleitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes für Rheinland-Westfalen, dem sich die hiesigen hiesigen Gewerkschaften angeschlossen haben, soll Freitag, den 21. Oktober, in allen Betrieben der nordwestdeutschen Industriegruppen der Metallindustrie eine Arbeitsniederlegung über den Schiedspruch stattfinden. Die Metallarbeiter erzielten bisher einen durchschnittlichen Stundenlohn von 29 Mark. Der Schiedspruch sieht eine Lohnsteigerung von 15 bis 20 Mark vor. Bei der wahllosen Preissteigerung, die in Rheinland-Westfalen besonders frühe Formen angenommen hat, können die Metallarbeiter diesen vollkommen ungenügenden Schiedspruch unmöglich zustimmen. Bei der Arbeitsniederlegung über den Schiedspruch wird er daher zweifellos abgelehnt werden.

Die Gewerkschaften haben beschlossen, neben den Arbeitsniederlegungen die Forderungen der Arbeiter zu veröffentlichen, die von den Unternehmern gleichmäßig beantwortet sind. Drei Forderungen sollen bei der Abstimmung beantwortet werden: 1. für Streik, 2. für Annullierung, 3. für Kündigung. Die Methode der Gewerkschaften, Kündigungslisten anzulegen zu lassen, wird von der Arbeiterschaft allgemein verurteilt, weil sie darin eine Verleumdung und Vergerung des Kampfes erblickt. Die Metallarbeiter verlangen daher, daß bei Ablehnung des Schiedspruches sofort mit dem allgemeinen Streik in der Metallindustrie in Rheinland-Westfalen begonnen wird.

## Wer entlassen wird.

Der deutschsozialistische Reichstag hat die Kasse gegen die Agitationen in Opposition auf Arbeiter. Die er sich schwerer prozessiert hatte, mit einem Revolver geschossen und ein letzter Opfer blutig wiedergeboren. Er wurde darauf verurteilt, für aber mit einem blauen Auge davon und wurde jetzt auch noch weiter Schiedsrichter bei der Arbeit entlassen.

Die Staatsanwaltschaft hat ihn wieder auf freien Fuß gesetzt, da sich nationale Elemente gegenüber Proletariatsbekämpfung in „Kampfbereitschaft“ befinden. Lange hat inzwischen seine oberirdische Agitationsarbeit fortgesetzt und in Beuthen wieder eine seiner Kampfbereitschaften vom Strahl gelassen. Während man die provokatorischen und schleichenden Nationalisten auf freien Fuß setzt, hält man kommunistische Stadtverordnete, die zahllosen Strafen Kollernberg, sowie auch die Gewerkschaftsleiter. Sollte also nach immer in Untersuchungshaft, obwohl man ihnen nicht das geringste an den blutigen Zusammenstoß am Jüdisch-Bach nachweisen kann, wo doch gerade die Organe des Kampfbereitschaft die schuldigen Mörder sind.

## 400 Mark ein markenfreies Brot.

Der Zweigverband der Bäckermeister Groß-Berlins hat heute mit sofortiger Wirkung die Preise für markenfreies Gebäck folgendermaßen festgesetzt: Markenfreies Brot 200 M., die Schrippe 8 M., Hörnchen, Schreden usw. 10 M. Diese Preise sind jedoch nur als Zwischenpreise zu betrachten und in der kommenden Woche dürften neue sehr erhebliche Erhöhungen folgen. So wird vom 30. Oktober ab das Markenbrot nun mehr als 100 Prozent erhöht. Dementsprechend dürften auch dann die Preise für das markenfreie Gebäck eingestellt werden.

## Das neue englische Kabinett.

Das nunmehr endgültig zusammengestellte neue englische Kabinett wird unter Führung Bonar Law ungefähr dieselbe Zusammensetzung aufweisen, wie es schon in den bisherigen Kombinationen gemeldet wurde. Londoner Meldungen zufolge wird das neue englische Übergangskabinett ein politisches Programm aufstellen, das u. a. eine geringere Intervention in kontinentalen Angelegenheiten, dagegen aber eine Entwidlung der Arbeiterbewegung, besonders in den Kolonien, wünscht. Als Grundlage der künftigen Außenpolitik Englands soll die engere Freundschaft und die Entente mit Frankreich dienen.

# Schlesische Rundschau.

## Ein skandalöses Klassenurteil.

In Liegnitz wurde kürzlich ein skandalöses Klassenurteil gegen Landarbeiter gefällt. Anlässlich des Streiks der Landarbeiter am 1. November 1921 wurde in einer Versammlung bekannt gegeben, daß beim Rittergutsbesitzer W. v. P. ein Verbrechen begangen worden sei. Die Angeklagten waren 14 Landarbeiter nach dem Gut, die Wassen zu holen. Dabei kam es zu Zusammenstößen mit greiflicher, der als Arbeiterhinderer weit und breit bekannt ist.

Diese Vorfälle sind mit dem Amnestiegesetz erledigt. Die republikanischen Richter in Liegnitz waren aber anderer Anschauung. Sie drehten eine Anklage auf Landfriedensbruch zusammen. Die Geschworenenbank wurde einseitig besetzt, indem die Geschworenen der Arbeiterklasse abgelehnt und nur Güter- und Bauerngutsbesitzer zu Gericht saßen. Und so kam ein Urteil zustande, wie es eben nur von den Klassenrichtern unserer herrlichen Republik gefällt werden kann. Folgende Strafen wurden verhängt: Wenig 2 Jahre 2 Wochen; Schwarzer 2 Jahre, 4 Monate; Günther 11 Monate; die anderen 10 Angeklagten je 9 Monate Gefängnis. Strafaussetzung wurde abgelehnt.

Die WSD hat, wie der „Landbote“ berichtet, schon Schritte unternommen, um die es Gerichtsverfahren und Gefährdung einer gründlichen Prüfung zu unterziehen. Welch ein Hohn! Ist denn nicht der Sozialdemokrat Rodin ein Hohn! Ist denn nicht der Sozialdemokrat Rad-

## Ein gefährlicher Druckfehler

Der „Schlesische Bergwacht“ in ihrer Nummer 247 vom 21. Oktober unterlaufen. Sie teilt in einem Reklameflächen ihren Lesern mit, daß vom 22. bis 23. Oktober eine rote Werbewoche statt findet. Der Druckfehler will annehmen die gänzlich harmlose „Bergwacht“ mit dem Besuche zum Schutze der Republik in Konflikt bringen. Vor allem aber wird der böse Druckfehler vielen Spießbürgern schlaife Nächte bereiten. Zu ihrer Beruhigung muß deshalb festgestellt werden, daß es sich nicht um eine rote, sondern um eine ganz gefahrlose (und natürlich mäßige) schwarz-rot-goldene Werbewoche handelt.

## Die Fran ist eine Heherin.

Die Gothaer Arbeiterschaft hat einen Kontrollausschuß gebildet, ferner eine besondere Steuerungskommission, bestehend aus Frauen. In einer Sitzung mit dem Oberbürgermeister und seinen Beamten, Vertretern der Erwerbslosen und Armenpflegern, trugen die Frauen 6 von ihnen aufgestellte Forderungen vor. Sie forderten Bereitstellung von 50 Millionen Mark zwecks Beschaffung von Kartoffeln und Kohlen, 20 Millionen Mark als Zuschuß für Sozialrentner, Kriegsober- und Erwerbslose, die Einrichtung von Wärmehallen, ferner die Abgabe eines warmen Frühstücks an die Schulkinder, Einrichtung von proletarischen Kindergärten und schließlich Kontrolle der Volksküche. Die Begründung der Forderungen durch eine der Frauen veranlaßte den Herrn Oberbürgermeister zu folgender Aufforderung an seine Stenotypistin:

„Fräulein, schreiben Sie diese Frau auf, daß sie eine Heherin.“

Wer für die Armen eintritt, wer Maßnahmen gegen Wucher und wachsende Not fordert, das ist eine Heherin.

Die Arbeiter müssen sich das merken. Wir hoffen, die Ausschaltung des Herrn Oberbürgermeisters von Gotha übt genügend heherische Wirkung aus, um die noch Beiseitestehenden nun sofort in die proletarische Kampffront einzureihen.

## Verzerrbild.

Im Organ des DVB „Der Landbote“ vom 15. Oktober 1922 lesen wir folgendes:

„Durch die letzte Lohnerhöhung war es dem Verbande mit vieler Mühe gelungen, den Stundenlohn bei den Deputierten um einige Mark, und bei den Frauen um 4,50 Mk. zu erhöhen.“

Infolge der durch die Geldentwertung fortschreitenden Steigerung waren naturgemäß auch die Krankentafeln gezwungen, ihre Beiträge wesentlich zu erhöhen, da Arznei und Arztgebühren ebenfalls wesentlich steigen und die Krankentafelstützung bedeutend erhöht werden mußte, so geht dem Hand in Hand eine Steigerung der Versicherungsbeiträge. Des weiteren erhöhen sich auch die Beiträge für die Invalidenversicherung. Schon allein diese Erhöhungen nah-

men bald ein Drittel der erzielten Barlohnerrhöhungen wieder weg. Zu allem Unglück erhöhte das Landesfinanzamt den Wert des Deputats von 18 000, auf rund 52 000 Mk., so daß demzufolge ein Drittel der letzten Barlohnerrhöhungen an erhöhten Steuern draufgeht. — Der mühsame Kampf (17) den der Verband um eine bessere Erstattung für die Landarbeiterführung führte, wird zum Teil dadurch wieder zunichte gemacht, indem über zwei Drittel dieser Barlohnerrhöhung für diese Ausgaben wieder hinweggenommen werden.

Bei der Lohnauszahlung wird mancher Landarbeiter fragen: Wo ist jetzt die Lohnerhöhung? Mit was soll ich die erhöhten Ausgaben, angefangen vom Schuhriemen bis zum Haar schneiden, bestreiten?

Die schlesischen Landarbeiter haben es endlich auch satt, seit einem Jahre von Woche zu Woche vertäubt zu werden auf die nächste Lohnverhandlung, wie es im „Landboten“ geschieht. Von den Führern des DVB ist zu fordern, daß sie nicht nur von einer Arbeitgemeinschaftsfindung zur anderen rennen, sondern die gesamte schlesische Landarbeiterführung zum Kampf gegen die Steuerung. Nur wenn in jedem Ort Kontrollausschüsse geschaffen werden, die im Verein mit der Industrie-Arbeiterschaft die Kontrolle über die Produktion und die Preise erringen, kann der Steuerung Einhalt geboten werden.

## Rüftet zum Wahlkampf.

### Stärkt den Wahlfonds.

Der Wahlkampf hat begonnen. Er erfordert von der Partei große Geldmittel. Darum sind dringende Vorarbeiten für die Wahlen die Sammlungen für den Wahlfonds. Zu den Wahlen gehört Geld, Geld und noch einmal Geld.

Unserer Gegner haben ihre kapitalistischen Hintermänner, die Hunderttausende und Millionen für den Wahlkampf spenden und sich ihr Mandat erkaufen.

Die kommunistische Partei als Vertreterin der Armisten der Armen ist dagegen nur auf die Opferwilligkeit ihrer Anhänger und Freunde angewiesen.

Wir richten daher nochmals an alle unsere Freunde die dringende Aufforderung:

### Agitiert und sammelt für den Wahlfonds.

Infolge des Papierwuchers sind die Kosten für Stimmpapier, Flugblätter usw. enorm.

Somit kommen noch die ebenfalls gewaltig gestiegenen Kosten für Versammlungsräume, Fahrgelder für die Referenten usw.

Nur mit einem starken Kampffonds kann die kommunistische Partei gegen die Flut der bürgerlichen Wahlpropaganda antämpfen.

Den Wahlfonds stärken, heißt die Aussichten für unsere Kandidaten verbessern und ihrem Sieg den Weg ebnen.

Darum spende jeder nach seinen Kräften.

Der bald gibt, gibt doppelt. Zahlungen für den Wahlfonds sind zu richten an Anton Sadasch, Olewitz, Hültenstr. 2, Postfach 234 06. (Nicht 531 80, wie anfänglich irrtümlich angegeben war.)

## Aus der Versammlungstätigkeit.

### Bolkshain.

Vor einiger Zeit fand hier eine öffentliche Versammlung unserer Partei statt, die uns einen guten Erfolg brachte. Genosse Reimann-Sirigau referierte über „Der Weg aus dem Elend“. In klaren, sachlichen Ausführungen zeigte er den Anwesenden den einzig möglichen Weg, aus dem Elend: die proletarische Selbsthilfe. Reicher Beifall lohnte sein Referat. In der Diskussion sprach als erster Genosse Sotwald. Er meinte, der schlechte Besuch sei nicht verwunderlich. Er selbst ist Ohrenzeuge gewesen, wie in der Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins die Sabotage betrieben wurde. Eine große Debatte entspann sich über das Zurückhalten der Waren und den politischen Mißbrauch seines Lagerparkspostens seitens des Konsumlagerhalters Fluske. Genosse Reimann betonte im Schlußwort, daß diese Mißstände beseitigt werden müssen. — Acht neue Mitglieder für unsere Partei wurden in dieser Versammlung gewonnen. Selbst der Vorsitzende des sozialdemokratischen Wahlvereins, der gleichzeitig Jugendleiter der D.-S. war, erklärte seinen Uebertritt zur KPD, weil er sich mit der Politik und Taktik der BPSD nicht mehr einverstanden erklären konnte. Die- sem Beispiele ihrer Vorsitzenden werden viele Klassenbewußte Bolkshainer Arbeiter folgen.

## Langenbielau.

Am Dienstag, den 17. Oktober, fand bei Gastwirt Dittler eine öffentliche Volksversammlung mit folgender Tagesordnung statt:

1. Der Reichsbetriebsrätekongreß, seine Aufgaben und die Stellung der Gewerkschaften.
2. Freie Aussprache.

Der ziemlich geräumige Saal war bis auf den letzten Platz besetzt, ein Zeichen dafür, daß die Arbeiterklasse Langenbielau die Wichtigkeit dieser Versammlung erkannt hatte und deshalb in Massen erschienen war.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung schildert der Genosse Mejer (Breslau) die Not und fortschreitende Verelendung des Proletariats und zeigte, daß die Gewerkschaften und die SPD bis heute noch nichts zu einer Verbesserung der Lage der Arbeiter getan haben. Sie stellen zwar hohere Forderungen auf dem Papier, aber wenn es heißt, dafür einzutreten, dann versagen sie immer (Bielefelder Abkommen, zehn Punkte usw.). Vor allem ist die Frage des Betriebsrätekongresses in den Vordergrund getreten. Bezeichnend ist, daß selbst Robert Dymann vom Metallarbeiterverband für den Kongreß eingetreten ist. Der Referent schließt seine Ausführungen mit den Worten, daß der Betriebsrätekongreß hoch einmal zustande kommen muß, wenn nicht mit den Führern, dann eben ohne sie. Die Mittel dazu müssen dann durch Sammlungen in den Betrieben aufgebracht werden. In der freien Aussprache führten sämtliche Redner aus, daß es eine Schande sei, daß die Gewerkschaftsführer mit den schäblichsten Mitteln den Kongreß sabotieren. Debattiert wurde ferner, daß dieselben nicht den Mut aufbringen, in einer unserer Versammlungen zu erscheinen und ihre Handlungswiese vor der breiten Masse zu verteidigen. Insbesondere der Geschäftsführer J. Lang, welcher ja auch noch öffentlich zur Versammlung eingeladen war. Auch er hatte es vorgezogen, zu Hause zu bleiben, oder war vielleicht „geschäftlich“ verhindert. Denn er war es ja gerade, der in der Vorstandssitzung der Textilarbeiter und im Kartell mit den erbärmlichsten Mitteln gegen die Kommunisten gehetzt hatte. Bezeichnend war, daß in der betreffenden Kartellsitzung alle diejenigen Delegierten mal abwesend waren, die sonst das ganze Jahr kein Interesse für die Kartellsitzungen zeigen. Arbeiter und Arbeiterinnen von Langenbielau! Seht euch diese Leute genauer an, denn sie waren es, die den Betriebsrätekongreß bei uns sabotierten.

Im Schlußwort ermahnte der Referent u. a. die Anwesenden, einig und geschlossen in den Gewerkschaften zu verbleiben, daß dieselben wieder zu Klassenkampforganen werden, wie sie es vor dem Kriege waren. Hierauf wurde die Versammlung geschlossen.

Auch in dieser Versammlung wurden 6 neue Mitglieder für die Partei und einige Zeitungsläser gewonnen. Außerdem wurden für 1229 Mk. Broschüren verkauft, darunter 400 Stück Sowjetrußland im Bild und 24 Stück „Kommunistin“. Eine Sammlung ergab 580 Mk.

## Breslau.

## lokales.

### Arbeiter, die Augen auf.

Die „Schlesische Zeitung“, das Blatt der Breslauer Reaktion, schreibt:

#### Die Stögerheit des Breslauer Bürgertums.

Der Breslauer Bezirksrat des Heimaterverbandes Schlesiens hielt am 18. d. Mts. eine Sitzung ab, in der über eine Unterredung berichtet wurde, die eine Abordnung des Heimaterverbandes mit dem Polizeipräsidenten zu Breslau, am 14. d. Mts. gehabt hat, und in der der Schutz des Bürgertums im kommenden Winter zur Sprache kam. Der Polizeipräsident hat in dieser Besprechung betont, daß er stets bestrebt sei, etwa geplante Gewalttaten durch Verständigung mit den maßgeblichen Organisationen zu vermeiden, wie ihm dies schon oft gelungen sei; fruchte dies nichts, so werde er den Befehlen mit aller Zäkrast Geltung zu verschaffen wissen. Die ihm zu Gebote stehenden Machtmittel seien ausreichend.

Der Heimaterverband hat hierzu durch folgenden Beschluß Stellung genommen: „Angeichts der unerhörten Vorgänge am 15. d. Mts. in Berlin ist die Beunruhigung in den Kreisen des Breslauer Bürgertums außerordentlich gesteigert. Es ist daher zu begrüßen, daß der Herr Polizeipräsident gewillt ist, die ihm zu Gebote stehenden Machtmittel mit aller Zäkrast anzuwenden, um die Ordnung aufrechtzuerhalten. Das gegen Gewalttaten völlig wehrlose Bürgertum hat ein gutes Recht auf diesen Schutz, und die Erklärungen des

# Drei Menschen

Roman von Maxim Gorki.

Dann sah er auf Zafow und Mascha und fügte lächelnd noch zugleich mit Ernst hinzu:

„Nest nur so weiter! Und später kannst du Mascha heiraten, Zafow... Was?“

„Dummlop!“ sagte Mascha lachend, und schließlich lachten alle vier im Chore.

Mascha war meist mit ihnen zusammen. Hatten sie ein Buch ausgelesen, oder machten sie eine Pause im Lesen, dann gab er seine Erzählung zum besten, und seine Erzählungen waren nicht weniger interessant als die Bücher.

Wie ich's raus hatte, Brüder, daß die Sache ohne Paß Ihre Schwierigkeiten hatte, da gebrauchte ich a lerdand Kräfte. Ich sah mir Polizisten, so ging ich gleich schneller, wie wenn mich jemand geschickt hätte, oder ich hielt mich zu dem ersten besten Erwachsenen, als ob's mein Herr, oder mein Vater, oder sonst jemand wäre... Der Polizist guckt mich an und läßt mich laufen — er hat nichts gemerkt... In den Hörsaal war's schon, dort gab's überhaupt keine Polizisten: nur alte Männer, alte Weiber und Kinder, die Bauern sind auf dem Felde. Fragt mich jemand, wer ich bin, sag' ich: ein Bettler. Dem ich gehöre? Keinem, ich bin ohne Anhang... Woher ich komme? Aus der Stadt. Das ist alles! Sie geben mir zu essen, zu trinken — alles reichlich. Und gehen kommt du dort, wie du willst: kannst ganz schnell reimen, oder auf dem Lande frischen... Überall ist Geld und Wald... Die Straßen jüngen... aufzuziehen möchtest du am liebsten zu ihnen... Ich du fahst, dann hast du gar keinen Wunsch weiter, kommst immer so gern bis ans Ende der Welt. Ganz so ist's, wie wenn dich jemand vorwärts zieht... wie wenn 'ne Mutter ein kleines Kind trägt. Aber ich hab' auch manchmal tiefe gehungert — oh! Die Dörner haben mir nur so geknirscht, so trocken war mir das! Erde hat' ich gefressen können. Schändlich wurde mir um Kopf... Wenn ich dann aber ein Stück Brot fragte und mit den Zähnen einbiß — a — ach, das schmeckelt! Sag und Nacht hat' ich essen können. Das war ne Lust!... Und doch war ich froh, als ich schließlich ins Loch kam... Anfangs hatte ich schreckliche Angst, dann wurde ich aber ganz vergnügt. Ich hatte mich immer vor den Polizisten sehr gefürchtet. Ich dachte, wenn sie mich erst kriegen und zu hauen anfangen, schlagen sie mich tot. Und wie war's in Wirklichkeit? Ganz keine kommt er von hinten und läßt mich am Kragen — Schwach! Ich hatte mir bei einem

Uhrmacher die Uhren im Schaufenster angesehen... Eine Masse Uhren waren da — goldene und andere. Mit einem Mal: Schwapp! Ich sang an zu brüllen. Und er fragt mich ganz freundlich: „Wer bist du? Woher kommst du?“ Na, ich sagte es natürlich — sie erfahren es ja doch schließlich: sie wissen alles... „Wohin willst du?“ fragen sie weiter. „Ich wandere so durchs Land“... Sie lachen... Dann geh' ins Gefängnis... Dort lachen sie auch alle. Und dann nahmen jene Herren mich zu sich... Das waren auch Zeufel, hoho!“

Von den „Herren“ sprach Mascha fast nur in lauter Empfindungswörtern — sie hatten offenbar einen tiefen Eindruck auf ihn gemacht, doch hatten ihre Gestalten in seiner Erinnerung gleich am etwas Verschwonnenes bekommen, so daß sie ihm wie ein großer, trüber Fleck erschienen. Beim Schuster blieb Mascha etwa einen Monat, dann verschwand er von neuem. Später erfuhr Verischka, daß er in eine Druckerei als Lehrling eingetreten sei und irgendwo in einem entfernten Stadtviertel wohne. Als Ija davon hörte, war er voll Neid und sagte leuzend zu Zafow:

„Und wir beide werden wohl hier verfaulern müssen!“

In der ersten Zeit nach Maschas Verschwinden war es Ija, als ob ihm etwas fehlte, bald jedoch geriet er wieder in das alte Gezeile seiner weltfremden Wunderwelt. Abermals wurden fleißig Bücher gelesen, und Ija's Seele verfiel in einen süßen Zustand des Halbchlummers.

Das Erwachen war jäh und unerwartet. Ija ging noch in die Schule, als eines Tages der Onkel zu ihm sagte: „Jetzt bist du bald fertig mit dem Lernen. Bierzehn Jahre wirst du alt... Da heißt es eine Stelle für dich suchen.“

„Das versteht sich“, meinte auch Petruscha. „Bei unserer großen Bekanntschaft ist das sogar sehr einfach... Mascha braucht keine Stelle, für den ist alles parat! Mag er auch ein Fährchen verschmausen — dann geh' hinter's Büfettl! Und für dich, Serentii, mach' ich ne zweite Schenke auf, tregebst du in der Kasse. Dort kannst du auf Abrechnung wirtshausen und bist im übrigen dein eigener Herr... Im — ja, ich kann den Herrn preisen, er hat gut für mich geforgt!“

Ija hörte diese Reden, wie wenn sie aus der Ferne zu ihm herüberklangen; sie standen in keiner Beziehung zu dem, was ihn sonst zu jener Zeit beschäftigte, und ließen ihn vollkommen kalt. Eines Tages jedoch weckte ihn der Onkel schon am frühen Morgen und sagte:

„Steh auf und wasch dich hübsch sauber... Aber mach' rasch!“

„Wohin geht's denn?“ fragte Ija verschlafen. „Auf deine Stelle! Ich hab' dich was gefunden, Gott sei dank!... Bei einem Tischhändler wirst du eintreten.“

Ein unangenehmes Borgefühl machte Ija's Herz beklommen. Der Wunsch, dieses Haus zu verlassen, in dem er alles kannte und an alles gewöhnt war, schwand plötzlich in ihm, und Onkel Serentii's Kammer, die ihm nie gefallen hatte, erschien ihm mit einem Male so sauber und hell. Die Augen auf den Boden geheftet, sah er auf seinem Bett und hatte gar keine Lust, sich anzuziehen. Zafow kam herein, ungeträumt und ganz grau im Gesicht, den Kopf zur linken Schulter geneigt; er ließ einen flüchtigen Blick über seinen Kameraden gleiten und sagte:

„Komm rasch, der Vater wartet... Du wirst doch öfter hierher kommen?“

„Gewiß komm' ich...“

„Na ja... Geh' nur zu Mascha, nimm von ihr Abschied!“

„Aber ich geh' doch nicht für immer fort!“ rief Ija unwillig aus.

Mascha kam indessen selbst herauf — sie stand an der Tür, schaute auf Ija und sagte traurig:

„So les' also recht wohl, Ija...“

Ija zerrte ärgerlich an der Jacke, die er eben anzog, und schimpfte. Mascha und Zafow lauften beide zu gleicher Zeit tief auf.

„Besuch uns nur bald!“ sagte Zafow.

„Schön zu — ut!“ versetzte Ija grob.

„Geh' doch, wie er sich aufspielt — der Herr Kommis!“ bemerkte Mascha.

„Ach, du... dumme Gans!“ antwortete ihr Ija leise, im Tone des Bortwurfs.

Ein paar Minuten später ging er über die Straße — an der Seite Petruschas, der feierlich mit einem langen Ueberrock und knarrenden Stiefeln angetan war.

„Ich fahr' dich zu einem sehr ehrenwerten Mann, den die ganze Stadt zu schätzen weiß“, sprach der Büfettier in einbringlichem Tone zu Ija — nämlich zu Kiril Iwanowitsch Stroganow... Er hat für seine Herzengüte und seinen wohlthätigen Sinn Medaillen erhalten, und was sonst noch! Er hat eine Stimme im Räte der Stadt, und vielleicht wird er sogar einmal unter die Oberhäupter der Stadt gewählt etwas machen!... Du bist ein ernstes Pärtschen, kein verdrehter, ihm treu und redlich, und er wird dafür schon aus dir höchstes Mütterchen... Einem Menschen 'ne Wohlthat erweisen, ist für ihn dasselbe wie ausspucken...“

(Fortsetzung folgt.)

Bezirksleitung - Büro und Kasse: Breslau, Nikolaistr. 49/50. Fernsprecher Ring 889. Adresse: Alfred Döbner, Breslau 1, Nikolaistr. 49/50. Postfachkonto Breslau 58864, Alfred Döbner

Agitationskreis Breslau.

Breslau. Um die Finanzierung unserer Ortsgruppe in ein geordnete Bahn zu bringen, ist eine pünktliche Kasstentwicklung unbedingt erforderlich. Die Distriktsleiter werden ersucht, bis zum 28. Oktober für diesen Monat abzurechnen. Eine geordnete Kasstentrechnung hebt unser Finanzwesen.

Distrikt 14/15. Freitag, den 27. Oktober, abends 7 Uhr, findet eine Distriktsversammlung im Lokal Seifert, Dabitzstraße 6, am Eisenbahntunnel, statt. Erscheinen jedes Genossen und jeder Genossin ist Pflicht.

Margareth. Sonnabend, den 28. Oktober, abends 7 Uhr, findet im Kreisheimers Gasthaus eine Mitgliederversammlung statt. Erscheinen eines jeden Genossen ist Pflicht.

Agitationskreis Langenbielau.

Langenbielau. Sonnabend, den 28. Oktober, bei Dinter wichtige Funktionärskonferenz. Das Erscheinen aller Funktionäre ist unbedingt notwendig.

Agitationskreis Oppeln.

Oppeln. Am Sonntag, den 29. Oktober, vormittags 9 1/2 Uhr, findet eine Kreisversammlung der K.P.D. Kreisleitung Oppeln statt. Tagungslokal wird nach Rücksprache mit den Ortsgruppen und Vertrauensleuten bekanntgegeben.

Agitationskreis Waldenburg.

Unteres Revier. Waldenburg. Mittwoch, den 25. Oktober, abends 7 Uhr, findet in der Stadtbrauerei in Waldenburg eine Versammlung der Opposition der Bauarbeiter u. Zimmerer statt.

Oberes Revier. Waldenburger Kohlenrevier. Donnerstag, den 26. Oktober, nachmittags 5 Uhr, findet im Schützenhaus Waldenburg eine Konferenz der kommunistischen Betriebsräte und familiärer Gewerkschaftsfunktionäre statt. Genossen, erscheint pünktlich.

R. S. Waldenburg-Dittersbach. Sonntag, den 29. Oktober, findet im Fellschloß ein Familienabend statt, an dem wir mitwirken. Wir treffen uns um 1 Uhr am Jugendheim (Waldenburg). Alle Genossen (in) müssen unbedingt erscheinen.

Ortsleitungsführung: Sonnabend, den 28., abends 8 Uhr, im Jugendheim.

Kommunistische Jugend.

Bezirksleitung: Max Gläser, Breslau 1, Nikolaistr. 49/50. Postfachkonto: Breslau 675 95 Max Gläser.

Agitationskreis Breslau.

Mittwoch, den 25. 10. 1922. Parteigenossen und Klassenbewußte Eltern, schickt eure Kinder in die kommunistischen Kindergruppen zu einem proletarischen Unterhaltungsabend in die Schule Brodauertstraße 12/14, Seitengebäude. Beginn nachmittags 5 Uhr.

Heim Jugenburg. Brodauertstraße. Mittwoch, den 25. 10., abends 7 Uhr: Arbeitsgemeinschaft über Alkohol und Nikotin. Es spricht ein Mitglied des Arbeiter-Intendanten-Bundes. Zu diesem Thema fordern wir alle Jugendgenossen und Genossinnen auf, an diesem Abend zu erscheinen. Sympathisierende und Gäste herzlich willkommen.

Heim Siebnacht. Steinstraße. Mittwoch, den 25. 10., abends 7 Uhr: Vortrag des Jugendgenossen Fleischer über gegenwärtige Jugendbewegung. Sympathisierende und Gäste herzlich willkommen.

Jugendfunktionäre. Freitag, den 27. 10. abends 7 Uhr. Funktionärskonferenz. Der reichhaltigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht eines jeden Funktionärs und der 10 Ortsgruppenführer, zu erscheinen. Minoritätenhof 3/5, Schule.

Die Ortsleitung der komm. Jugend.

Verantwortlicher Redakteur: Karl Oräp; Inserate: Max Gläser. Druck und Verlag: Produktivgenossenschaft der Provinz Schlesien, z. S. m. b. H., sämtlich in Breslau.

Sorgt für die Hungernden Rußlands!

Bekanntmachung. Infolge der weiter eingetretenen Erhöhung der Kohlenpreise und Löhne wird der Gaspreis vom 25. Oktober 1922 ab auf 35 Mark je Kubikmeter festgelegt. Münzgaswertmarien werden von diesem Tage ab zum Preise von 35 Mt abgegeben.

Der Magistrat.

Frauen

Störungen. M. Bartsch / Oderstraße 17. z. S. Achtung auf Haus-Nummer.

Almetall

Kupfer - Messing - Zink Blei - Alufellen - Papier. zähle die höchsten Preise wie bekannt.

Wohnungsgeford!

Landeshut. Welche Parteigenossin würde einem Genossen für monatlich Quartier beschaffen. Mitteilungen an den Genossen Beterberg, Landeshut, Schiefhansstraße 8.

Brüll & Co.

Matthiasstr. 88.

Für Inhaber von Versorgungsscheinen.

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen schreibt und:

Das Landesarbeitsamt, hier, am Hauptbahnhof Nr. 4, welchem die Beratungsstelle für die Inhaber der Versorgungsscheine, Beamtenscheine der Kriegsbeschädigten, der Reichswehr- und Schulpfoll elange, d. h. angegliedert ist, hat in Würdigung des Umfanges und der Wichtigkeit dieser Frage eine Maßnahme ergriffen, welche von allen Beteiligten nur begrüßt werden kann.

Am den Inhabern von Versorgungsscheinen zur Verwendung dieses Scheines vom Reich ausgestellten Dokumentes zu verhehlen, soll in einer Reihe von Vorträgen, die von Vertretern der verschiedensten Behörden des Reichs, der Kommunen, der Provinz und der Reichsbank gehalten werden sollen, der Nachweis geführt werden, wie die einzureichende Bewerbung zweckentsprechend zu erfolgen hat, welche Fähigkeiten erforderlich sind, welcher Verdienst und welche Ausfliegsmöglichkeiten gegeben sind und wo in der Tat in absehbarer Zeit Aussicht auf Anstellung besteht.

Der erste dieser Vorträge findet am Mittwoch, den 25. Oktober d. Jz., nachmittags 5 Uhr, in der Aula des Zwinger-Gymnasiums, am Zwingerplatz, statt, zu dem der Zutritt aber nur erfolgt, wenn der Versorgungsschein selber oder der den Kriegsbeschädigten von den Versorgungsämtern ausgestellte vorläufige Ausweis zur Vorlage gelangt.

100 Mark Belohnung (in Buchstaben: Einhundertmark) setzt der Minister des Innern, Herr Severing fest für denjenigen, der eine im Wasser treibende menschliche Leiche an Land bringt. - Wenn eine Republik heute 100 Mark bei einem Dollarstand von über 400 als Belohnung nur noch geben kann, dann muß es sehr schlecht mit ihr bestellt sein. Aber tatsächlich muß es der Republik gar nicht so schlecht gehen, denn sonst könnte der sozialdem. Vizepräsident von Berlin nicht 500 000, also 1/2 Million M. als Belohnung auslegen für den, der ihm die Kommunisten namhaft macht, die die Zusammenstöße vor dem Zirkus Busch „eingeleitet“ haben. Man sieht, wenn es gegen Kommunisten geht, ist Geld genug da.

Dittersbach.

Eine Aufsehen erregende Verhaftung führte die hiesige Polizei durch. Sie setzte den Betriebsrat Marx von der Melchiorgrube wegen Einbruchdiebstahl fest. Marx war als Wohnungskommissar tätig und gleichzeitig Vorsitzender des hiesigen Wahlvereins der SPD. - Wir wissen die SPD nicht für die Taten des M. verantwortlich. Aber hier zeigt sich sehr deutlich, daß die SPD - die sich immer über die Spitze in der KPD. entrüfelt - selbst äußerst unsaubere Elemente in ihren Reihen hat, die noch dazu hohe Ehrenämter bekleiden. Marx war immer eifrig bemüht, die KPD. zu verleumden. - Wir legen uns diesen Fall zu den anderen, bis die SPD. wieder mal in Ermangelung eines Besseren über „kommunistische Spionagetätigkeit“ zerrt.

Freiburg.

Die Dividenden fließen. In der am 20. Oktober stattgefundenen Aufsichtsratsitzung der Vereinigten Freiburger Alpinfabriken, A.-S. wurde beschlossen, der auf den 18. Dezember einzuberufenden ordentlichen Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 35 Prozent (im Vorjahre 15 Prozent) vorzuschlagen. Das günstige Ergebnis gestattet zur Erhaltung der Leistungsfähigkeit zu stellen und reichliche Abschreibungen vorzunehmen. Der Geschäftsgang ist weiter ein guter, und zwar liegen Anträge auf viele Monate hinaus vor. - Die Dividenden der Kapitalisten steigen - auf Kosten der Arbeiter, die für Hungerlöhne kämpfen müssen.

Lehmwässer.

Der Kadet rest seinen Namen. Die hiesigen SPD-Ortsgruppen trafen sich wieder mal bemüht, gegen die Kommunisten loszuwettern. Nach dem Grundtag „Perleunde nur kapier d. auf los, es bleibt doch was hängen“, lassen sie in der „Eheischen Bergwacht“ ein Geschrei los, daß wahrhaftig eine Gang-Itzung charakteristischer Beredungsfähigkeit ist. In gefährlicher Weise wollen diese Helden es der Partei anhängen, daß an der einzigen Vertreter im Gemeindeparlament des Dittersbach verhindert ist, zu erscheinen. Daß aber einige SPD-Gemeindevorsteher 5 bis 8 Mal so oft wie an der Grasse fehlen, verkündigen sie nachweislich. Sie brühen sich aber damit, daß der Antrag auf Unterstützung der Ortsarmen im Vorjahre von einem ihrer Genossen gestellt worden sei. Wir stellen nochmals fest, daß der Antrag von anderer Seite eingebracht und von der großen Koalition abgelehnt wurde. Die Ausführungen, die wir erst kürzlich in dieser Angelegenheit machten, halten wir voll und ganz aufrecht. Der „Bergwacht“ scheint es nicht recht wohl zu sein, daß sie wieder auf die anderen Sozialdemokraten eingezogen, sogar nicht der Mühe. Hat sie wirklich ein so schlechtes Gewissen, die alte Lunte? - Den SPD-Ortsgruppen am Orte scheint viel am Bruderkampf zu liegen, darum hegen sie so gegen die SPD. und wollen sie gar verhindern. Nun, wir weichen dem Kampf nicht aus. Darum heraus mit den Waffen, ihr Helden, damit eine Entscheidung herbeigeführt werden kann, wie sie im Interesse aller Arbeiter liegt.

Dem Vollzeipräsidenten werden hofentlich zur Verbilligung beitragen. Insbesondere muß unbedingt verlangt werden, daß das auch dem Bürgertum verfassungsmäßig zustehende Recht auf Versammlungsfreiheit uneingeschränkt gewahrt bleibt. In dieser Beziehung sind die Berliner Vorgänge, bei denen es auf eine Beeinträchtigung der bürgerlichen Versammlungsfreiheit abgesehen war, eine ernste Mahnung an die zuständigen Behörden. Daß die Bestrebungen des Herrn Vollzeipräsidenten, Ausführungen auf gutlichem Wege zu verhindern, sich mit den Anschauungen des Heimatverbandes Schlesien decken, ist selbstverständlich. Indessen darf eine solche Verbilligung in Zukunft niemals auf Kosten des Bürgertums, also unter Preisgabe seiner Rechte, insbesondere seiner Versammlungsfreiheit, erfolgen. Im übrigen muß auch hier das Berliner Beispiel eine Lehre sein, denn wie dort werden häufig diese Verständigungsversuche die einmal geplanten Gewalttaten nicht verhindern.

Mit frecher Offenheit fordern die Breslauer Reaktionsäre vom Vollzeipräsidenten - der natürlich das Versprechen gibt sich für die Niederlegung der kämpfenden Arbeiter vorzubereiten. Die reaktionären Mordbuben, die ihre Schießwützel und Schlagringe jederzeit zur Hand haben, heucheln Wohlwolligkeit, damit auch der Vollzeipräsident Vorlesungen zur Niedertrümpelung der Arbeiter trifft. Sie fordern, daß der Verständigungsweg nur auf Kosten der Arbeiter beschritten wird! Fordern Versammlungsfreiheit für die Reaktion auf Kosten der Arbeiter! Und damit ja kein Zweifel besteht, daß sie die „Versammlungsfreiheit“ auch für ihre Organe haben wollen, verweisen sie nachdrücklich auf die Berliner Vorgänge!

Die Breslauer Arbeiter müssen die Augen offen halten! Wollen die Reaktionsäre in Breslau etwa ebensolche Kundgebungen veranstalten wie der „Bund für Freiheit und Ordnung“ in Berlin? Dann haben die Breslauer Arbeiter die Pflicht, ebenso wie die Berliner Arbeiter den Aufmarsch der Reaktion zu verhindern. Und sie werden diese Pflicht erfüllen! Mit den Organen des Vollzeipräsidenten, wenn sie die Reaktion bekämpfen wollen, ohne sie, wenn sie passiv bleiben und gegen sie, wenn der Vollzeipräsident die Schuppe an die Seite der Reaktion stellen will und die Beamten sich dazu mißbrauchen lassen!

Die Polizei schafft Ordnung.

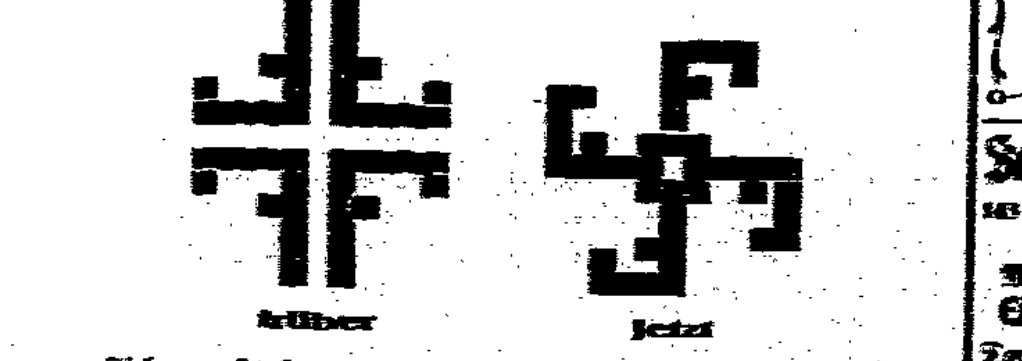
Uns wird berichtet: Die Polizeibehörde hat bei der Schuhfabrik Dorndorf Schuhe beschlagnahmt, die sie zu billigen Preisen (210 Mt das Paar) auf dem Ringe verkauft. Natürlich wollen nun recht viele Leute ein Paar solch billige Schuhe haben. Immer sicker zu gehen, auch welche zu bekommen, laufen manche schon nachts 12 Uhr nach dem Ringe und stellen sich nach Schuhen an. - Deshalb regelt die Polizei das nicht besser? Es wäre doch viel angebrachter, wenn sie die Schuhe nur an die Gewerkschaften abgeben und sie dabei rationell verteilen würde. So aber wird die Polizei als „Hüterin der Ordnung“ zur Existenz allergrößter Anordnung. Ist das nicht strafbar? Herr Vollzeipräsident, weshalb schreiten sie nicht ein?

Zum Reichsmietengesetz.

Uns wird geschrieben: Nachdem die heizende Klasse die Ausbeutung des Proletariats betriebslos durchgeföhrt hat, sind jetzt zum Schluß noch die Hausbesitzer unter gütiger Mitwirkung der Staats- und Gemeindebehörden zum Raubzug auf die Taschen der arbeitenden Bevölkerung aufgeboten. Wären wir nicht Bürger der freiesten und vollkommeneren Republik Deutschland, in deren Staats- und Gemeindeparlamenten die Partei der „Internationalen, völkerverfeindenden Sozialdemokratie“ sich - leider - immer noch die führende Rolle anmaßt, trotzdem sie eigentlich, wie im „Blinde Kuh“, doch nur von der Bourgeoisie geführt wird, fürwahr, man könnte glauben, sich im Zeitalter der inneren Reaktion zu befinden. Das Reichsmietengesetz der inneren Reaktion, Schlitzen und Sprellungen auf den Geldbeutel des Proletariats ist das, der von den Sozialisten der Kapitalistenklasse geleiteten Vorparlamenten, gütlich unter Dach und Fach gebracht. Hat doch dieses Gesetz in der Handlage die Lenden, den Hauspachas auf Kosten der Mieter die Grundstücke inhaud zu halten, damit der Profit dieser Paradiesen geföhrt ist. Die Ausbeutung kann beginnen und beginnt auch. Nach irgendeinem Paragraphen dieses Gesetzes kann die Gemeindebehörde von den Hausbesitzern einen Vorbehalt auf die zu verbrauchenden Gas- und Wassermengen verlangen. Die Hinzulassung dieses Vorbehalt wird bei etwaiger Nichtzahlung dieser Verpachtung mit Abperrung der Gas- und Wasserleitung für das Grundstück angedroht. Da nach dem Gesetz der Mieter zur Tragung der Kosten für Gas und Wasser verpflichtet ist, verlangt man auch der Hausbesitzer die anteilmäßige Entschädigung dieses Vorbehalt, und zwar auf ein Vierteljahr im voraus. Und dieser anteilmäßige Vorbehalt beträgt beispielsweise schon bei einer Grundmiete von 15 Mt. eines mittleren Hauses circa 150 bis 200 Mt. Daß die Arbeiter neben der drei- bis vierfach erhöhten Miete noch diesen Vorbehalt zahlen können, ist wohl gänzlich anzunehmen. Da doch aber die wohlhabende Klasse mit Abperrung von Licht und Wasser. Ah. Prolet, achte. Streiken dagegen mal die Arbeiter der Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke, nur um das zum notwendigen Lebensunterhalt Notwendige zu verdienen, dann heißt es gleich, daß sich lebenswichtige Betriebe, durch deren Stilllegung eine andernorts: Schlinge an dem Leben der Bürger anhängen wird. Reichswehr, Eisen und Leno wird angebotet. Die Streikführer liegen im Gefängnis, denn die Gewerkschaftsführer erklären: es ist ein wilder, oder gar polizeilicher Streik. Bei Prolet, das ist auch was anderes; denn wenn drei daselbe tun, ist es nicht immer daselbe! 5

Hakenkreuz statt Beitelstab.

In der Breslauer bürgerlichen Presse werden sich der „Abe Dammereis“ mit einem Beitelstab an alle, deren Mittel es gestattet, dem Dammereis eine größere Summe zu geben. Dann nun dieser Antrag keine Wirkung nicht verhehle, hat man eine Umänderung des Dammereiszeichens vorgenommen.



Sicher darf das neue Zeichen dem „Abe Dammereis“ sehr gut. Daß dieser Herr ganz „unpolitisch“ ist, braucht nicht erst berichtet zu werden. Und daß im Anschluss dieses Dammereis eine ganze Anzahl seiner „Magistratsangehörigen“ usw. sind - was ist denn das? Sie werden sich rechtlich bemühen, ihre Tätigkeiten im Dammereis im Zeichen des Hakenkreuzes durchzuführen.

Sicher werden sie aber bei ihrem Betreiben unter diesem Zeichen sehr viel Erfolg haben. Denn hier Hakenkreuz geben die gern, die geben können.

† Die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am Donnerstag, den 22. d. Mtz. fällt aus.

Es grüßen als Verlobte

Genossin Gertrud Heinzel Lieben

Genosse Hans Jurdzka Hobenebe z. Z. Landeshut

Schauspielhaus. Lieblich-Theater.

Wittwoch 7 1/2 Uhr: Ein Walzertraum. Donnerstag 7 1/2 Uhr: Die Bajadere. Freitag 7 1/2 Uhr: Die Langgänger. Samstag 7 1/2 Uhr: Prinzessin Olga. Sonntag nachts 7 1/2 Uhr: Die beiden Königskinder. Sonntag 7 1/2 Uhr: Prinzessin Olga.

Zeltgarten. Das grosse Oktober-Programm.

Täglich 8 Uhr. Das grosse Varietè-Programm.

Matthias-Kino. Matthiasstraße 38. Mollkestraße 9.

Gasthof zum blauen Hand. Abenteuerroman 5 Akte. Den Auftakt des Operetten Ensemble in Lobs Kuchel. Hombachstraße 1.

Frau A. Gehauer. Breslau 67, Deilmannstr. 11. Ein Friedhof. Mollkestraße 36.

Werke für dein Partei-Organ!